



RIAS
HESSEN

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen

Von Antisemitismus Betroffene in
Hessen zwischen dem 7. Oktober
2023 und dem 31. Dezember 2025
Alltagserfahrungen und aktives Handeln

Working Paper

www.rias-hessen.de

Inhalt

Daniel Neumann, Ein Aufruf	2
Susanne Urban, Weshalb dieses Working Paper?	5
Gabriel Hoppe & Leonie Nützl, Von Antisemitismus Betroffene in Hessen zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Dezember 2025 – Alltagserfahrungen und aktives Handeln	6

Daniel Neumann¹

Ein Aufruf

Der 7. Oktober 2023 war eine Zeitenwende. Nicht nur für Israel. Sondern für Juden überall auf der Welt. Und ganz besonders in Deutschland. Denn schon damals wussten wir, dass nichts mehr so sein wird, wie es einmal war. Schon damals ahnten wir, dass die Solidarität der Gesellschaft mit ermordeten Juden sich schnell erschöpfen würde. Und das mantrahafte, ritualisierte „Nie wieder“ zwar für Gedenkreden taugt, im Alltag und der grauen Realität allerdings den Beweis seiner Ernsthaftigkeit schuldig bleibt.

Denn auch wenn es anfangs durchaus Solidarisierungsmomente gab und Juden in Deutschland vor allem durch Politik, Medien und Kirchen einen kurzzeitigen Schulterschluss erlebten, fraß sich der Judenhass in atemberaubender Geschwindigkeit durch unseren Alltag. Die Vorboten des Hasses hat man schon am 7. Oktober selbst erleben dürfen. Als nicht nur in Berlin Jubelfeiern über das größte Pogrom an Juden nach dem Ende des Holocaust stattfanden. Sondern vor allem in den Tagen danach, als die Täter-Opfer-Umkehr, die Schuldzuweisung an Israel und die Desinformation den Boden bereiteten für einen umfassenden Angriff auf das jüdische Leben in diesem Land. Unter dem Deckmantel der sogenannten „Palästina-Solidarität“, die in Wahrheit nichts anderes ist, als der mal rhetorisch geschliffene und mal brachial artikulierte Hass auf Israel, also den einzigen jüdischen Staat auf diesem Planeten, der in Vernichtungsfantasien mündet, zielten die neuen alten Antisemiten auf die Ziele, die ohne große Mühe erreichbar waren: Juden und ihre Einrichtungen. Das bedeutet: sie griffen entweder die Symbole jüdischen Lebens an (wobei es nicht um israelische Ziele ging, sondern um jüdische!) oder die Träger des jüdischen Lebens. Also Juden. Ganz gleich, ob in Schule, Universität, am Arbeitsplatz oder in der U-Bahn. Und ganz gleich, ob jung oder alt. Ganz gleich, welche politische Einstellung sie waren. Und ganz gleich, wie sie zu Israel standen. All das darf in einem manichäischen Weltbild keine Rolle spielen. Hauptsache ist: der Jude ist schuld. Er ist Täter, Unterdrücker, Verschwörer und hat damit keinen Anspruch auf Schonung. Weder jung noch alt.

Beispiele gefällig? Ein jüdischer Junge erzählt im Kindergarten von seinem Israel-Urlaub und bekommt von einem anderen Kind gesagt: Israel ist böse! Eine jüdische Schülerin wird mit Hamas-Gesängen begrüßt und von einem Mob nach der Schule verfolgt. Zwei andere jüdische Schüler werden von ihren Mitschülern unter „Free-Palestine“-Rufen johlend angegriffen. Ein Uber-Fahrer

¹ Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen.

weigert sich, meine Mitarbeiterin in „das Judenhaus“ zu fahren. Ein Avis-Fahrer greift Mitarbeiter bei der Auslieferung von Mietwagen an den Landesverband Jüdischer Gemeinden an. Einer Kollegin wird ein Versicherungsvertragsabschluss mit der Aussage verweigert: „Mit Juden schließen wir keine Verträge“. Synagogen in Darmstadt, Marburg und Gießen werden beschädigt. Jüdische Professoren trauen sich nach Konfrontationen und Drohungen nicht mehr in den Präsenzunterricht. Jüdische Jugendliche verstecken die Zeichen ihrer Zugehörigkeit. Und jüdische Eltern sorgen sich um die Sicherheit ihrer Kinder.

Die Angst wird zu einem ständigen Begleiter und hat zwei Konsequenzen: immer mehr verstecken ihre jüdische Identität. Und immer mehr ziehen sich aus der Öffentlichkeit zurück. Das Grundrecht der Religionsfreiheit gilt für Juden in Deutschland entweder nur unter Vorbehalt oder gar nicht. Und das „Nie wieder“ klingt nur noch hohl. Sicher: Judenhass ist kein Phänomen, das erst mit dem 7. Oktober 2023 entstanden wäre. Natürlich nicht! Es gab immer Judenhass und es wird ihn immer geben. Und nur, weil er mitunter schlummert und nicht konsensual oder genozidal auftritt, heißt das nicht, dass er harmlos ist. Schließlich gab es auch vor dem 7. Oktober Polizeischutz jüdischer Einrichtungen, Beleidigungen, Angriffe und Gewalt. Aber dennoch brach an diesem Tag etwas auf. Denn in dieser Intensität, in dieser Schamlosigkeit und in dieser Häufigkeit hat sich der Judenhass lange nicht mehr gezeigt.

Das Massaker an israelischen Juden wirkte wie ein Testballon. Als man sah, wie zaghaft oder unwillig die Verurteilungen der Barbaren erfolgten, und wie euphorisch und umfassend die Unterstützung für das Pogrom der Hamas war, glich dies einem Freibrief, den jüdischen Staat und Juden überall auf der Welt ins Visier zu nehmen. Es war wie ein Fanal, das eine neue Epoche des Hasses ausrief. Eine neue Ära des Antisemitismus, der sich aus seinen gesellschaftlichen Fesseln löste und zum gemeinsamen Angriff blies. In der Schule, in den Universitäten, im Arbeitsumfeld, in der Kulturbranche und in den sozialen Medien.

Die Zahlen, die RIAS ermittelt, zeugen von dieser tektonischen Verschiebung. Zeigen den massiven Anstieg judenfeindlicher Äußerungen und Handlungen. Zerren einen meist unterbelichteten Teil gesellschaftlicher Realität ins Licht. Gleichzeitig zeigen sie nicht das ganze Bild. Bleiben unvollständig. Unvollkommen. Weil nach wie vor viele antisemitische Vorfälle nicht gemeldet werden. Nicht angezeigt werden. Verschwiegen werden. Weil man sich schämt. Weil man müde ist, gegen den Hass zu kämpfen. Weil man verdrängt, beschönigt, relativiert. Oder weil man glaubt, dass es sowieso nichts ändert.

Dieser Befund ist mindestens so erschütternd wie das Bild, das durch die jüngsten RIAS-Zahlen sichtbar wird. Aber er ist gleichzeitig ein Aufruf. Ein

Auftrag. Eine Verpflichtung. Für die jüdische Gemeinschaft gilt es, den Mut nicht zu verlieren, vor dem Hass nicht zu kapitulieren und sich nach Kräften zu wehren. Und für die Politik und Zivilgesellschaft gilt es, zu seiner Verantwortung zu stehen. Zu dem „Nie wieder“. Auch wenn es noch so abgegriffen ist. Denn tatsächlich sind es mehr als nur zwei Worte.

Es ist ein Schwur. Eine Verpflichtung. Ein Versprechen. An die jüdischen Menschen. Und an die deutsche Gesellschaft. Und an die nächsten Generationen. Die es alle verdient haben, dass man sich dem Judenhass endlich konsequent entgegenstellt. Ihn erkennt und benennt, ganz egal, ob er sich gegen den kollektiven Juden Israel oder die Juden überall richtet, und ganz egal, ob er als Antijudaismus, Antisemitismus oder Antizionismus daherkommt. Ganz egal, ob er Springerstiefel, religiöses Gewand oder Kuffiah trägt. Und ganz egal, unter welcher Fahne er segelt. Denn Judenhass bleibt Judenhass. Und der muss bekämpft werden. Gemeinsam. Ohne Kompromisse. Und zwar gestern. Auf geht's ...

Susanne Urban²

Weshalb dieses Working Paper?

Während der Präsentation des Jahresberichts der RIAS Hessen 2025 im Mai 2026 sprachen wir über Zahlen, analysierten die Entwicklung, wiesen auf die seit dem 7. Oktober 2023 stetig ansteigenden Vorfallszahlen hin. Das Einpendeln auf hohem Niveau – 2023: 528 Vorfälle, es folgte eine mehr als 70-prozentige Steigerung 2024 mit 926 Vorfällen und 2025 ein nochmaliger rund 18-prozentiger Anstieg auf 1099 Vorfälle – weist darauf hin, wie sehr sich Antisemitismus Bahn gebrochen hat und wie sehr eine Normalisierung dieses Zustandes um sich greift.

Marc Grünbaum vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main sagte während der Pressekonferenz: „Die Zahlen von RIAS Hessen sind erschreckend. Es sind Zahlen – für uns als Juden ist es Alltag. Und für unsere Kinder“.

Auch diese Aussage hat RIAS Hessen motiviert, dieses Working Paper zu direkt von Antisemitismus Betroffenen zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Dezember 2025 zu schreiben. Hierbei geht es um RIAS Hessen gemeldete Vorfälle, die unmittelbar betroffene Personen und Einrichtungen aufweisen. All jene, die auf der Straße nicht gegen sie persönlich gerichtete Parolen, Schmierereien, Plakate etc. sehen und hören, sind aber auch betroffen. Weil sie dem Judenhass nicht entkommen können, weil sie ihm auf dem Spielplatz ebenso begegnen wie unter Kolleginnen und Kollegen, auf Sportveranstaltungen und Kulturfestivals. Wenn eine Schmiererei dazu aufruft, „Zios“ und Juden zu töten, ist die Bedrohung akut. Wenn es heißt, die Welt müsse vom Zionismus befreit werden oder wenn die Shoah befürwortet wird, so trifft dies in den Kern jüdischen Daseins, triggert transgenerationale Traumata und verstärkt Unsicherheiten. Die jüdische Community in Hessen, die jüdischen Gemeinden und all die Individuen und Institutionen sind Betroffene, aber sie sind resilient, suchen Alliierte, wissen, wo sie Unterstützung und Solidarität finden. Sie handeln, widersprechen, wissen ihre Menschen- und Bürgerrechte zu verteidigen.

Uns von RIAS Hessen ist es wichtig, den Blick auf die Betroffenen zu lenken, um zu unterstreichen, dass wir nicht hinnehmen können, dass und wie Jüdinnen und Juden tagtäglich Hass, Ausgrenzung, Diskriminierung und Einschüchterung erleben müssen.

Danke an den Landesverband Jüdischer Gemeinden Hessen und die Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main für den vertrauensvollen und offenen Austausch zur aktuellen Situation. Eure Perspektiven sind unser Anker im Hier und Jetzt.

² Leitung RIAS Hessen

Gabriel Hoppe & Leonie Nützl³

Von Antisemitismus Betroffene in Hessen zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Dezember 2025 – Alltagserfahrungen und aktives Handeln

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen ist seit 2022 die zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Antisemitismus in Hessen. RIAS Hessen versteht sich als niedrigschwellige, tief in die jüdische Community verankerte Einrichtung. RIAS Hessen erfasst antisemitische Vorfälle systematisch, dokumentiert diese und wertet sie qualitativ wie quantitativ aus, um auf diese Weise ein umfassendes Lagebild zu zeichnen und einen Beitrag zur Professionalisierung in der Antisemitismusbekämpfung zu leisten. Kernaufgabe ist jedoch, eine Anlaufstelle für von Antisemitismus Betroffene zu sein und durch individuell zugeschnittene Verweisberatung Personen und Einrichtungen fachkundig über Beratungsstellen und Hilfsangeboten zu informieren und dadurch im Umgang mit dem Vorfall zu unterstützen.

RIAS Hessen verzeichnet im bundesweiten Vergleich eine hohe Anzahl von antisemitischen Vorfällen. Seit 2023 wurden von den jeweiligen RIAS-Stellen nur in Berlin, Bayern und Nordrhein-Westfalen eine höhere Anzahl antisemitischer Vorfälle dokumentiert. In allen RIAS-Stellen war ein sprunghafter Anstieg mit Blick auf dort dokumentierte antisemitische Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 festzustellen. Der 7. Oktober bot für antisemitische Milieus eine Gelegenheitsstruktur für die zunehmend entgrenzte Äußerung und letztlich Normalisierung von Antisemitismus in Deutschland und auch in Hessen.

Am 7. Oktober 2023 verübten die Hamas und andere Terroristen ein Massaker in Israel, bei dem über 1.200 Menschen ermordet und mehr als 250 als Geiseln nach Gaza verschleppt wurden. Dieses Ereignis hatte unmittelbare und weitreichende Auswirkungen auf das jüdische Leben in Hessen und weltweit. Da es sich um das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoah handelt, lösten die Ereignisse eine tiefgreifende Zäsur in der jüdischen Gemeinschaft aus. Die von den Tätern produzierten Bilder des 07.10. und auch danach zielten dezidiert auch auf jüdische Traumata ab und lösten Angst, Verunsicherung und Schock aus. Die Zahl der dokumentierten antisemitischen Vorfälle stieg infolge des 7. Oktobers 2023 drastisch an und veränderte die Wahrnehmung von Sichtbarkeit, Sicherheit und Zugehörigkeit für viele Jüdinnen und Juden in Hessen dauerhaft. Für Jüdinnen und Juden bedeutete dieser Tag nicht nur das Erschrecken über das Massaker selbst, sondern auch

³ Wissenschaftliche Mitarbeitende RIAS Hessen.

die alltägliche Konfrontation mit einer anhaltenden Welle von Hass, offener Feindseligkeit oder auch Gleichgültigkeit.

Die vorliegende Ausarbeitung widmet sich den Betroffenen und beleuchtet die vielfältigen Erfahrungen sowie die tiefgreifenden Folgen antisemitischen Erlebens in Hessen für den Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis zum 31. Dezember 2025.

„Antisemitismus ist für viele Jüdinnen und Juden keine abstrakte gesellschaftliche Entwicklung, sondern wird zunehmend als persönliche Erfahrung wahrgenommen. Er verändert das Sicherheitsgefühl, beeinflusst Entscheidungen darüber, wie sichtbar man als Jude oder Jüdin lebt, und beeinflusst unser Gemeindeleben. Die Frage nach der Zukunft jüdischen Lebens - auch in Deutschland - wird damit immer präsenter. Gleichzeitig darf Angst nicht das letzte Wort haben. Handeln bedeutet für uns, Haltung zu zeigen, jüdisches Leben selbstbewusst zu gestalten, Solidarität zu stärken und Vorfälle sichtbar zu machen. Unsere Zukunft sehen wir trotz aller Herausforderungen in einer lebendigen jüdischen Gemeinschaft, die wir aktiv und selbstbewusst gestalten. Dafür braucht es allerdings den entschlossenen Einsatz der gesamten Gesellschaft gegen Antisemitismus - nicht erst dann, wenn sich ein Vorfall ereignet, sondern im täglichen Handeln.“

Marc Grünbaum, Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main

Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Dezember 2025 wurden von RIAS Hessen insgesamt 2.362 antisemitische Vorfälle dokumentiert. Das entspricht nahezu drei Vorfällen pro Tag in Hessen. Diese Zahl ist erschreckend und verdeutlicht, dass Antisemitismus in Hessen kein Randphänomen ist, sondern eine weitverbreitete und persistierende Form von spezifischer Diskriminierung und Hass darstellt. Innerhalb dieser 2.362 Vorfälle waren in 1.345 Fällen keine direkten Betroffenen zu verzeichnen, da es sich um Vorfälle wie Schmierereien, Aufkleber oder die Verbreitung antisemitischer Inhalte beispielsweise auf der Straße handelte, die zwar von vielen Menschen gesehen oder wahrgenommen wurden, aber nicht direkt an bestimmte Personen gerichtet waren. In weiteren zehn Fällen wurde keine Angabe zu den Betroffenen gemacht und in sechs Fällen blieben die Betroffenen unbekannt. Demgegenüber richteten sich 369 der mehr als 2.300 dokumentierten Vorfälle gegen Institutionen und 632 Vorfälle direkt gegen Einzelpersonen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass ein erheblicher Anteil der dokumentierten antisemitischen Vorfälle Menschen und Organisationen direkt betrifft.

Um die Daten und Analysen von RIAS Hessen richtig einzuordnen, ist es wichtig, die Methodik und die Definition bei der Dokumentation von Betroffenen zu verstehen. RIAS Hessen verfolgt ein konservatives Vorgehen bei der Dokumentation von Betroffenen bei antisemitischen Vorfällen. Als Betroffene eines antisemitischen Vorfalls werden nur Personen dokumentiert, die direkt antisemitisch angesprochen, angegriffen oder diskriminiert werden. Antisemitische Vorfälle, die keine Person direkt adressieren, werden ohne Betroffene dokumentiert. Dasselbe gilt für Institutionen wie z.B. Museen und Gedenkorte, wobei diese als eine Betroffene gezählt werden, gleich, wie viele Mitarbeitende sich dort befinden.

Dies bedeutet nicht, dass solche nicht zielgerichteten Vorfälle Menschen, die diese mitbekommen, nicht bewegen und betreffen. Beispielsweise können sich Schmierereien und Graffiti mit antisemitischen Inhalten erheblich auf das Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen auswirken, selbst wenn sie nicht direkt gegen bestimmte Personen gerichtet sind. Im Zeitraum zwischen dem 11. Juni und dem 13. November 2025 wurden, als Beispiel, in Marburg neunmal Schmierereien entdeckt. Auf Strom- und Verteilerkästen, an einer Fußgängerbrücke am Bahnhof, auf Parkbänken, Zigarettenautomaten, Litfaßsäulen und Bushaltestellen fanden sich Parolen, die zum Töten von Israelis und Zionisten aufriefen und Freude über getötete Israelis ausdrückten. Der antisemitische Topos des Kindermörders fand sich ebenfalls in mehreren dieser Schmierereien wieder.

Auch antisemitische Aussagen, die sich beispielsweise in öffentlichen Verkehrsmitteln finden und in denen die Shoah befürwortet wird, sind in der Regel nicht an eine bestimmte Person adressiert und werden daher in der Statistik von RIAS Hessen als Vorfall ohne Betroffene verzeichnet. Dennoch fühlen sich Menschen von solchen Äußerungen, Schmierereien und anderen öffentlich gezeigten antisemitischen Bildern betroffen. Sie zeigen, wie sehr sich Antisemitismus seinen Raum nimmt und prägen das gesellschaftliche Klima.

Die Dokumentation von Betroffenen ist damit keine Bewertung der Auswirkung, die ein Vorfall auf Zeugen und Zeuginnen des Vorfalls hat. Mit der konservativen Dokumentation wird die direkte Ansprache von Personen oder Institutionen sichtbar gemacht. Insbesondere antisemitische Vorfälle im direkten Nahbereich wie der Wohnung, dem Arbeitsplatz, in der Schule oder Hochschule oder in Verbindung mit direkt adressierten Bedrohungen haben starke Auswirkungen auf Betroffene. Aber: die Betroffenen werden aktiv, wenden sich an jüdische Gemeinden, melden sich bei RIAS Hessen, gehen zu Vertrauten. Sobald sie sich bei RIAS Hessen melden, tragen sie damit zu einem realistischen Lagebild für Hessen bei, was wiederum in Prävention und

Intervention mündet. Ob professionalisierte Beratungsangebote oder Gespräche und Austausch in Netzwerken und Gemeinden: Nach drei Jahren dieser anhaltenden antisemitischen Welle wurden resiliente und empowernde Strukturen aus und in der jüdischen Community weiter ausgebaut oder neu entwickelt.

Von den 632 RIAS Hessen bekannt gewordenen Vorfällen, die sich zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Dezember 2025 direkt gegen Einzelpersonen richteten, waren 499 Betroffene jüdisch und / oder israelisch oder wurden solchermaßen adressiert. 399 Personen der 499 Betroffenen waren jüdisch oder israelisch, während 100 Personen nicht oder unbekannt jüdisch waren, aber dennoch als Teil der jüdischen Community adressiert wurden. Antisemitismus kann also auch Personen treffen, die nicht jüdisch oder israelisch sind, aber antisemitisch adressiert werden. Somit war der überwiegende Anteil der direkt adressierten Einzelpersonen jüdisch oder israelisch oder wurde als solche wahrgenommen, was unterstreicht, wie sehr die jüdische und israelische Gemeinschaft in Hessen antisemitisch angegangen wird.

Von den 369 RIAS Hessen bekannt gewordenen Vorfällen, die sich gegen Institutionen oder Mitarbeitenden richteten, waren 206 Vorfälle gegen jüdische oder israelische Institutionen gerichtet oder adressierten solche. Davon waren 170 Institutionen jüdisch, während 14 Institutionen nicht oder unbekannt jüdisch waren, aber als solche adressiert wurden. 22 der betroffenen Institutionen waren israelisch, ohne jüdisch zu sein. Die übrigen 130 Vorfälle richteten sich gegen Institutionen, die nicht jüdisch oder israelisch waren, darunter 49 Vorfälle gegen Gedenkstätten, was für die jüdische Community ebenfalls von Bedeutung ist.

Zudem traf es 20-mal zivilgesellschaftliche Organisationen, achtmal Polizeibehörden, dreimal Parteien, dreimal Medien, 31 Vorfälle richteten sich gegen Antisemitismusbeauftragte und ein antisemitischer Vorfall wurde in einer konkreten politischen Auseinandersetzung geäußert.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass antisemitische Angriffe eben nicht nur jüdische und israelische Institutionen treffen, sondern auch Organisationen und Einrichtungen, die sich gegen Antisemitismus einsetzen oder an die Shoah erinnern.

„Seit dem 7. Oktober 2023 erleben jüdische Gemeinden und ihre Einrichtungen sowie als jüdisch wahrgenommene Menschen und Institutionen eine neue Intensität antisemitischer Anfeindungen. Der Anstieg judenfeindlicher Gewalt in Wort und Tat trifft auch das jüdische

Museum Frankfurt sowie seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies stellt uns vor neue Herausforderungen in unseren personenbezogenen Sicherheitsmaßnahmen, in unserem Umgang mit Userinnen, Usern, Besucherinnen und Besuchern wie auch in der mentalen Gesundheitspflege unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gleichzeitig erleben wir täglich Besucherinnen und Besucher, die sich mit großem Interesse unserem Museum und seinen Themen zuwenden. Dieses Interesse und die vielen Menschen, die sich in unseren Förderstrukturen engagieren, machen uns Mut. Sie zeigen, dass unser Museum ein offener und wichtiger Ort für Bildung, Begegnung und Diskurs wahrgenommen wird.“

Prof. Dr. Mirjam Wenzel, Direktorin Jüdisches Museum der Stadt Frankfurt am Main

RIAS Hessen weiß, dass es eine hohe Dunkelziffer Betroffener gibt. Viele sind es leid, immer und immer wieder Meldungen zu ihren Erfahrungen einzureichen.

Antisemitismus manifestiert sich an unterschiedlichsten Orten, die alle Teile des alltäglichen und auch des öffentlichen Lebens sind – von Parks bis zum ÖPNV. Dies verdeutlicht, dass kein Bereich des öffentlichen oder privaten Lebens vor Antisemitismus sicher ist. Dies ist eine besonders beunruhigende Erkenntnis, da sie zeigt, dass Betroffene in ihrer gesamten Lebenswirklichkeit mit Antisemitismus konfrontiert sein können, ohne dass sie diesem ausweichen können.

Mit 1.028 Vorfällen fanden 43,5 Prozent aller dokumentierten Vorfälle für den Zeitraum im öffentlichen Raum statt. Hierzu zählen Straßen (752 Vorfälle), öffentliche Verkehrsmittel und Bahnhöfe (147 Vorfälle), öffentliche Gebäude (65 Vorfälle) und öffentliche Grünanlagen (64 Vorfälle). Diese Orte, die allen Menschen diskriminierungsfrei zugänglich sein müssen, werden für jüdische Personen durch antisemitische Angriffe, Beleidigungen und Schmierereien zu Orten der Verunsicherung oder gar der Angst. Die Begegnung mit Antisemitismus im öffentlichen Raum ist besonders belastend, weil sie unerwartet und ohne Vorwarnung erfolgt und weil Betroffene in solchen Situationen oft keine Möglichkeit haben, sich der Situation zu entziehen. Ein antisemitischer Angriff auf offener Straße, eine beleidigende Äußerung in einem Geschäft oder eine feindliche Geste in einem Restaurant können das Sicherheits- und Zugehörigkeitsgefühl nachhaltig erschüttern und dazu führen, dass in Zukunft bestimmte Orte oder Situationen gemieden werden. 146 Vorfälle im öffentlichen Raum waren direkt an Personen adressiert. Das entspricht etwas über 14 Prozent der Vorfälle im öffentlichen Raum in 27 Monaten. Insbesondere auf der Straße - 97 Vorfälle – und im ÖPNV sowie in

öffentlichen Gebäuden mit 23 bzw. 20 Vorfällen, wurde nicht nur öffentlich hör- und sichtbar Antisemitismus ohne direkte Adressierung verbreitet, sondern eben auch konkret einzelne Personen antisemitisch angesprochen, diskriminiert oder angegriffen.

Um zu unterstreichen, welche Form antisemitische Vorfälle in der Öffentlichkeit annehmen, folgen Beispiele, die in Absprache mit Betroffenen zur Veröffentlichung in anonymisierter Form freigegeben wurden.

Es ereignete sich ein Angriff, als die meldende Person nachts auf dem Nachhauseweg an einer Straßenbahnhaltestelle nachschaute, wann die nächste Bahn fahren werde. Eine laut kommunizierende, mit Kufiyas verummte, vier Personen umfassende, Gruppe stand ebenfalls an der Haltestelle. Einer aus der Gruppe brachte die Person mit einer Lesung von Texten Überlebender des 7. Oktober 2023 in Verbindung: „Ey, kommt her, ich kenn’ den hier. Das ist ein Zionisten-Schwein, ich kenne den, der war bei der Sache.“ Die betroffene Person wurde als „Judenschwein“ beschimpft und im Anschluss von mehreren Schlägen im Gesicht getroffen und dabei verletzt.

Ein weiterer Vorfall ereignete sich an einem Bahnsteig. Die meldende Person wartete auf den Zug. Als ein Unbekannter die dort Wartenden um Geld bat und verstand, dass die sich später bei RIAS meldende Person Jude ist, kam es zum Ausruf: „Ah, ein Jude, das sind die geizigsten.“ Obwohl alle umstehenden Personen die antisemitische Beleidigung hörten, reagierte niemand.

Eine Person befand sich an einer Packstation. Eine Dreier-Gruppe, murmelte dem Betroffenen mehrmals „Jude“ hinterher. Auf dem Weg zurück zum Auto wurde über den Betroffenen gelacht und er wurde angestarrt. Zugleich wurde nochmals mehrfach „Jude“ gemurmelt bzw. gezischt. Der Betroffene sagte in die Richtung der Drei „Idioten“ und fuhr weg. Der Betroffene kam vom Training und trug Sportkleidung des Vereins Makkabi Deutschland e.V.

Es zeigt sich, wie alltäglich die Situationen sind, in denen die Betroffenen Antisemitismus im öffentlichen Raum erleben. Die Täter agieren allein oder aus Gruppen heraus und viel zu oft erfahren Betroffene in solchen Situationen keine Unterstützung oder Solidarisierung durch umstehende Personen. Schon ein Vereinstrikot oder die Teilnahme an einer Lesung werden zum Anlass genommen, um Menschen zum Ziel antisemitischer Beleidigungen oder Gewalt zu machen.

„Gerade dort, wo jüdische Identität sichtbar wird, etwa im Umfeld jüdischer Sportvereine, verdichten sich gesellschaftliche Konflikte, Zuschreibungen und Ausgrenzungserfahrungen. Deshalb haben wir seit 2020 mit Zusammen1 eine eigene Bildungsabteilung aufgebaut, in der wir nicht nur Workshops und Trainings anbieten, sondern auch forschen und nachhaltige Strukturen entwickeln. Unsere Forschung zeigt, wie sehr antisemitische Vorfälle das Sicherheitsgefühl und Verhalten von Betroffenen verändern – und zugleich, wie groß die Lücke zwischen der Ablehnung von Antisemitismus und dem konkreten Handeln dagegen noch ist. Genau hier setzen wir an: Wir qualifizieren Menschen im Sport, schaffen Melde- und Unterstützungsangebote und verändern gemeinsam mit Vereinen und Verbänden Regelwerke, Verfahren und Ausbildungsstrukturen. Unser Ziel ist ein Sport, der Antisemitismus nicht erst bearbeitet, wenn etwas passiert, sondern ihn erkennt, Betroffene schützt und selbst Verantwortung übernimmt.“

Luis Engelhardt, Leiter der Bildungsabteilung „Zusammen1“ von MAKKABI Deutschland e.V.

Innerhalb des öffentlichen Raums wurden 752 Vorfälle mit dem Tatort Straße dokumentiert. Diese Zahl umfasst eine breite Palette von Vorfällen, von antisemitischen Schmierereien und Aufklebern über verbale Angriffe und Beleidigungen bis hin zu körperlichen Angriffen.

Als antisemitische Vorfälle dokumentierte Versammlungen wie Kundgebungen und Demonstrationen finden überwiegend im öffentlichen Raum bzw. auf der Straße statt. Neben dem durch Reden, Transparente und Parolen verbreiteten Antisemitismus, der die Räume für Angehörige der jüdischen Community und mit ihnen solidarische Menschen einengt und zum antisemitischen „Grundrauschen“ der Öffentlichkeit beiträgt, werden diese Versammlungen auch zu Orten direkten Betroffenseins, so etwa, wenn Menschen aus Versammlungen heraus beleidigt, angegriffen oder bedroht werden. Gleichzeitig sind antisemitische Mobilisierungen immer wieder auch Ausgangspunkt für die kritische Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Antisemitismus.

Jüdische Gemeinden und solidarische Initiativen stellen sich dem Antisemitismus auf der Straße und in der medialen Öffentlichkeit entgegen, stellen Forderungen an Politik und Justiz und klären über die antisemitischen Akteure, ihre Ziele und Handlungen auf.

So schrieb die jüdische Gemeinde Frankfurt mit Blick auf eine antisemitische Großdemonstration im August 2025: „Wir erwarten ein Verbot dieser Demonstration, die bereits im Aufruf offen antisemitische und anti-israelische

Hetze betreibt und die Auslöschung Israels fordert. Angesichts der jüngsten Ereignisse, insbesondere des unsäglichen Angriffs auf ein Mitglied unserer Gemeinde durch Teilnehmende des „System Change Camps“ ist es dringend notwendig zu handeln. Die Anmelder verbreiten zudem antisemitische Verschwörungstheorien und verurteilen unsere Frankfurter Städtepartnerschaft mit Tel Aviv. Dies unterstreicht die politische Dimension des Hasses. Hier ist ein starkes Zeichen von Stadtpolitik und Gesellschaft zwingend erforderlich.“⁴

Bildungseinrichtungen sind in der Dokumentation von RIAS Hessen die zweithäufigsten Tatorte antisemitischer Vorfälle. Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Dezember 2025 wurden insgesamt 463 Vorfälle an Bildungseinrichtungen dokumentiert, wovon 156 Vorfälle Menschen direkt betrafen. Diese hohe Fallzahl ist auch im bundesweiten Vergleich der RIAS-Stellen auffällig und deutet auf ein gravierendes Problem in Hessen hin. Bildungseinrichtungen wie Kitas, Jugendeinrichtungen, Schulen und Hochschulen. Insbesondere Schulen sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche nicht nur Wissen erwerben, sondern auch soziale Kompetenzen und Werte erlernen sollen. Wenn Antisemitismus an diesen Orten ungestraft bleibt oder von Erwachsenen nicht konsequent rote Linien gezogen werden, kann dies dazu beitragen, dass antisemitische Einstellungen normalisiert werden und sich verfestigen. Die Auswirkungen auf betroffene jüdische Kinder und Jugendliche sind besonders gravierend, da sie sich in einem Umfeld befinden, dem sie nicht ohne weiteres entkommen können und in dem sie auf den Schutz und die Unterstützung von Erwachsenen angewiesen sind.

Wenn Lehrkräfte nicht in der Lage oder nicht willens sind, antisemitische Vorfälle zu erkennen, zu benennen und ihnen entgegenzutreten, werden betroffene Schülerinnen und Schüler im Stich gelassen und antisemitische Täter geradezu ermutigt. Die Erfahrung, in der Schule Antisemitismus ausgesetzt zu sein und dabei keine Unterstützung zu erhalten, kann das Vertrauen in staatliche Institutionen nachhaltig erschüttern und zu einer tiefen Desillusionierung führen. Darüber hinaus kann die ständige Konfrontation mit antisemitischen Vorurteilen und Angriffen in der Schule das Bildungspotenzial jüdischer Schülerinnen und Schüler beeinträchtigen, da sie sich nicht auf das Lernen konzentrieren können, wenn sie ständig mit Bedrohungen und Diskriminierung konfrontiert sind.

Ein Junge wurde von einem Sechstklässler beim Fußballspielen „Scheiß Jude“ genannt, nachdem dieser erfahren hat, dass er bei Makkabi

⁴ <https://www.facebook.com/juedischegemeindeffm/posts/angesichts-der-f%C3%BCr-samstag-angek%C3%BCndigten-demonstration-united4gaza-am-30082025-i/1245914994237199/> [Letzter Zugriff 13.08.2026]

Frankfurt Fußball spielt. Der betroffene Junge war noch jünger als jener, der ihn beschimpfte.

Eine adressierte Person arbeitete in der Betreuung für jüdische Kinder. Die dafür genutzten Räumlichkeiten befinden sich innerhalb einer jüdischen Bildungseinrichtung. Der Vorfall geschah im Zimmer für das Lehr- und Betreuungspersonal. Aus dem Kollegium wurde jemand aus Sachgründen entlassen. Als diese Person auf dem Weg nach draußen war, sagte er zu der betroffenen Person: „Nachdem ich dich... kennengelernt habe, verstehe ich, warum alle Juden auf der Welt gehasst werden.“

Die ausgewählten Beispiele zeigen, dass in Bildungseinrichtungen Menschen unterschiedlichsten Alters und in den unterschiedlichen Funktionen von Antisemitismus betroffen sind. Das zweite Beispiel war vor allem deshalb so schockierend für die derart angegangene Person, weil innerhalb einer jüdischen Einrichtung offener Antisemitismus durch eine Person geäußert wurde, die zuvor mit der Community zusammengearbeitet hatte.

In der 2026 erschienenen Studie „Antisemitismus zwischen Klassenzimmer und Freizeit. Jüdische Erfahrungen und Perspektiven in Bayern“ stellt RIAS Bayern ganz unterschiedliche Strategien im Umgang mit Antisemitismus der für die Studie interviewten betroffenen Schülerinnen und Schüler heraus: „Die Bandbreite reicht vom Verbergen der eigenen jüdischen Identität über Engagement in der Aufklärungsarbeit und aktive Konfrontation bis hin zu verbaler und körperlicher Wehrhaftigkeit.“⁵

Als zentrale Orte der Resilienzbildung und des Empowerments werden die jüdische Gemeinschaft, die eigene Peergroup und die Familie angeführt. Auch das Melden antisemitischer Erfahrungen wird dort als Ausdruck eines aktiven Umgangs mit Antisemitismus beschrieben.

Auch in Hessen können betroffene Schülerinnen und Schüler, deren Eltern, sowie Lehrerinnen und Lehrer antisemitische Vorfälle an RIAS melden und auf die Beratungs- und Unterstützungsangebote von OFEK e.V. zurückgreifen. Zudem gibt es im Zusammenschluss der Konzeptwerkstatt Antisemitismus zahlreiche Ansprechpartnerinnen, die Angebote im Bereich Schule aufgebaut haben: <https://rias-hessen.de/vernetzung/konzeptwerkstatt/>

Universitäten und Hochschulen sind keine antisemitismusfreien Räume, was jüdische Hochschulangehörige und Studierende stark belastet. Hier können sich Vorfälle in Form von verbalen Angriffen, Diskriminierung, Vandalismus

⁵ RIAS-Bayern 2026, S. 83

oder der Verbreitung antisemitischer Inhalte ereignen. Zudem sind jüdische Studierende und Lehrende an Hochschulen vielfach mit israelbezogenem Antisemitismus konfrontiert, der sich als progressiv und postkolonial geriert. Die Instrumentalisierung des Nahost-Konflikts zur Rechtfertigung von Antisemitismus ist an Hochschulen besonders verbreitet. Die Abhängigkeitsverhältnisse, die an Hochschulen zwischen Studierenden und Lehrenden bestehen, können dazu führen, dass betroffene Studierende Angst haben, antisemitische Vorfälle zu melden oder sich zu wehren.

Ein jüdischer Student, der mit dem Fahrrad an einer antiisraelischen Demonstration auf dem Campus vorbeifuhr, wurde von einer Person, die dort Flyer verteilte, aufgrund religiöser Symboliken als Jude erkannt und mit den Worten: „Du hast gerade ein Kind getötet, Zionist!“ beleidigt.

Die Bezeichnung des Staates Israel und der jüdischen Community als „Kindermörder“ bezieht sich unmittelbar auf die antijudaistische Ritualmord-Legende, der zufolge Juden (christliche) Kinder angeblich umbrächten und ihr Blut für bestimmte Rituale verarbeiteten. „Kindermörder Israel“ ist ein Beispiel für die Übertragung tradierter antisemitischer Topoi auf den Staat Israel.

In Reaktion auf den sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle an Hochschulen seit dem 07.10.2023 gründete sich Ende des Jahres 2023 das Netzwerk jüdischer Hochschullehrender in Deutschland, Österreich und der Schweiz (NJH). Der Verein hat zum Ziel: „jüdischen Hochschullehrenden eine Plattform und Stimme zu geben.“⁶

Dabei schafft er Schutz- und Solidarräume für Betroffene und wirkt über seine Arbeit auf Hochschulen, Politik und Gesellschaft ein. Zur Öffentlichkeitsarbeit des Vereins zählen unter anderem offene Briefe wie der im März 2025 veröffentlichte Forderungskatalog „Sicherung jüdischen Lebens auf dem Campus“ in dem „die Einbeziehung jüdischer Perspektiven in die Auseinandersetzung über Fragen zu jüdischem Leben und Antisemitismus“, Schulungen zum Thema Antisemitismus für Hochschulangehörige, aber auch ein konsequenter Umgang mit antisemitischen Vorfällen an den Universitäten eingefordert wird⁷.

Auch der Verband jüdischer Studierender Hessen (VjSH) formulierte im Juni 2025 vor dem Hintergrund der „massive[n] Zuspitzung antisemitischer Zustände an den Hochschulen“ im Rahmen des Fachtags „Antisemitismus an

⁶ <https://n-j-h.de/ueber-uns/> [Letzter Zugriff 13.08.2026]

⁷ <https://n-j-h.de/sicherung-juedischen-lebens-auf-dem-campus/> [Letzter Zugriff 13.08.2026]

Hochschulen in Geschichte und Gegenwart“ klare Forderungen an die Hochschulen. Dort wird die Berufung unabhängiger, fachlich qualifizierter Antisemitismusbeauftragter und ein Mitspracherecht jüdischer Studierender bei deren Benennung gefordert. Zudem fordert der Verband eine verpflichtende antisemitismuskritische Bildung in der Hochschuldidaktik und die Einrichtung von Lehrstühlen für Israelstudien, die eine „wissenschaftlich fundierte und pluralistische Auseinandersetzung mit Israel“ ermöglichen. Außerdem brauche es eine aktive Förderung jüdischen Lebens auf den Campus, durch eigene Räume, sichere Veranstaltungsformate und „gezielte Maßnahmen gegen Vereinsamung, Angst und Isolation.“⁸

Der im August 2026 erschienene Sammelband „Ausnahmezustand – Zeugnisse von Betroffenen – Hochschulen im Deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober“ versammelt Essays und Interviews, in denen mehr als 60 Hochschulangehörige aus den unterschiedlichsten Fachrichtungen ihre persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen schildern und „einen sicheren und diskriminierungsfreien Raum einfordern, um ihrer akademischen Tätigkeit nachzugehen.“⁹

Antisemitische Vorfälle am Arbeitsplatz stellen eine besondere Form des Betroffenseins und auch eine existenzielle Bedrohung dar. Diskriminierung, antisemitische Belästigungen oder offene Feindseligkeit am Arbeitsplatz tragen dazu bei, dass die so Adressierten sich in ihrer Arbeit nicht mehr wohlfühlen, ihre Leistung eventuell beeinträchtigt wird oder sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Abhängigkeit von Vorgesetzten und Kollegen kann dazu führen, dass Betroffene antisemitische Vorfälle nicht melden, aus Angst vor Konsequenzen oder weil sie nicht glauben, dass ihre Beschwerden ernst genommen werden. Dies schafft ein Klima der Straflosigkeit, in dem antisemitische Täter ermutigt werden, ihr Verhalten fortzusetzen. In dem hier untersuchten Zeitraum wurden insgesamt 38 Vorfälle dokumentiert, die sich am Arbeitsplatz ereigneten. Bei 34 Vorfällen wurden direkt Betroffene dokumentiert.

Im Kontext der Arbeitswelt fällt auf, wie unvorhersehbar Betroffene mit Antisemitismus konfrontiert werden. So führte ein Gespräch unter Kolleginnen über ein alltägliches Konsumprodukt dazu, dass die

⁸ https://rias-hessen.de/wp-content/uploads/2025/12/Fachtag_AS_Hochschulen_MR.pdf [Letzter Zugriff 13.08.2026]

⁹ <https://n-j-h.de/buecher/> [Letzter Zugriff 13.08.2026]; Ausnahmezustand: Hochschulen im deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober. Zeugnisse von Betroffenen, herausgegeben von Julia Bernstein, Alfred Bodenheimer und Elisabeth Schilling, Wallstein- Verlag, Göttingen 2026.

betroffene Person mit Boykottaufrufen gegenüber vermeintlich jüdisch geführten Unternehmen konfrontiert wurde: „Die Juden unterstütze ich nicht“. Nachdem die so Angesprochene noch einmal das Gespräch suchte, um über Antisemitismus aufzuklären, wurde darauf mit antisemitischen Aussagen über den vermeintlichen Reichtum von Jüdinnen und Juden reagiert.

Zudem wurden RIAS Hessen boshafte „Witze“ über die Shoah unter Arbeitskolleginnen bekannt. Auffällig ist dabei, dass es häufig die jüdischen Personen sind, die nach solchen Vorfällen das Gespräch suchen und versuchen über Antisemitismus aufzuklären. Dabei sehen sie sich nicht selten mit weiteren Anfeindungen oder Bagatellisierungen durch das größere Umfeld oder die Täter konfrontiert.

Besonders starke Auswirkungen haben antisemitische Vorfälle, die sich im direkten Wohnumfeld ereignen. Das eigene Zuhause, die Nachbarschaft, das direkte Lebensumfeld sind für uns alle Orte der Sicherheit und des Rückzugs. Wenn antisemitische Schmierereien an der Haustür, Drohbriefe im Briefkasten oder feindselige Gesten und Aussagen von Nachbarn das Gefühl der Sicherheit in diesen Räumen zerstören, ist dies ein besonders schwerwiegender Eingriff in das Privatleben und das alltägliche Wohlbefinden der Betroffenen. Vorfälle im direkten Wohnumfeld sind für den Zeitraum 112-mal dokumentiert worden. Somit wurde RIAS Hessen durchschnittlich etwa alle 10 Tage in dem Untersuchungszeitraum ein solcher Vorfall bekannt. 95-mal kam es zu einer direkten Adressierung im Wohnumfeld.

In diesem besonders sensiblen Bereich des Wohnumfelds haben sich nur wenige Betroffene bereit erklärt, ihre Erfahrungen öffentlich zu teilen. Eine Person meldete sich, nachdem sie von den Nachbarn antisemitisch beleidigt wurde. Zudem kam es zu Bemerkungen im Zusammenhang mit dem Vernichtungslager Auschwitz. Es folgten weitere Beleidigungen und Nachbarn versuchten die so angegangene Person zudem noch durch nächtliches Klopfen an Tür und Wänden zu stören.

Synagogen sind trotz der erhöhten Sicherheitsmaßnahmen ebenfalls Ziele antisemitischer Angriffe. In dem hier betrachteten Zeitraum wurden von RIAS Hessen 73 Vorfälle in, an oder im direkten Umfeld von Synagogen dokumentiert. Direkte Betroffene, sowohl die Synagoge als Institution oder Personen in oder an der Synagoge wurden in 62 Vorfällen direkt adressiert. Gemeindezentren und Synagogen sind dazu da, dass sich dort die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde treffen; dort gibt es oft eine Bibliothek, Kulturveranstaltungen oder einen Kindergarten, Clubräume usw. Synagogen

samt Gemeindezentren sind also auch „Safe Spaces“. Sie bieten einen physischen und emotionalen Rückzugsort, an dem jüdisches Leben, Identität und Kultur divers und vielfältig gelebt werden kann. Gleichzeitig sind aufgrund realer Bedrohungen extreme Sicherheitsvorkehrungen notwendig. Sobald also dieser Schutzraum ins Visier antisemitischer Täter gerät, bricht noch ein Stück Sicherheit weg.

„Während also am 21. Juni 2025 knapp 1.000 Menschen zu rhythmisch trommelnden Klängen die alte Kindermörderlegende, jetzt gegen Israel, auferstehen lassen, da bleibt die Synagoge an diesem Tag leer. Während Menschen durch Hanau ziehen, dabei lachend Schilder in den Händen haltend, auf denen die israelische Flagge durchgestrichen ist, geben wir über unsere internen Kanäle Vorsichtsmeldungen an die Mitglieder heraus. Dass sie die Demonstrationsroute weitestgehend meiden sollten. Dass sie lieber aufpassen sollten. Vorsichtig sein sollen. Vielleicht sollten sie besser nicht in ihrer Stadt zu gewissen Zeiten unterwegs sein. ... Es sind zwei Kreise, die heute die jüdische Gemeinschaft ausmachen. Der erste Kreis, das ist der Schutzkreis. Der Kreis der Gemeinden, der jüdischen Institutionen, der Sportvereine, der Jugendzentren, der Veranstaltungen. ... Die Räume, in denen man sich frei bewegen kann, in denen man nicht darüber nachdenken muss, ob man seine eigene Identität, das, was die Menschen ausmacht, was sie bewegt, wer sie sind, verstecken muss. ... Weitert man den Blick aber auch nur ein kleines bisschen, zoomt man auch nur minimal aus diesem Bild heraus, so wird der zweite Kreis sichtbar. ... Dieser Kreis ist das Leben außerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Außerhalb der geschützten Räume. Und so hell das Licht im ersten Kreis auch leuchten mag, die Außenhaut wirft einen dunklen Schatten.“

Oliver Dainow, Landesverband Jüdischer Gemeinden Hessen¹⁰

Die Normalisierung von Antisemitismus ist ein besonders gefährlicher Prozess, der schleichend voranschreitet. Wenn antisemitische Äußerungen, Symbole oder Handlungen im öffentlichen Raum nicht als solche erkannt oder nicht entsprechend sanktioniert werden, entsteht ein Klima der Straflosigkeit, in dem Antisemitismus als normal und akzeptabel wahrgenommen werden kann. Diese Normalisierung hat direkte Auswirkungen auf die von Antisemitismus Betroffenen, die entdecken müssen, in einer Gesellschaft zu leben, in der ihr Wohlbefinden und ihre Sicherheit für die Zivilgesellschaft

¹⁰ Oliver Dainow „Haltung entwickelt sich aus Wissen und Handlung“ In RIAS-Hessen Jahresbericht 2025 abrufbar unter: <https://rias-hessen.de/report/jahresbericht-rias-hessen-2025/kommentar-von-oliver-dainow/> [letzter Zugriff 13.08.2026].

keine Priorität haben. Die Normalisierung von Antisemitismus trägt dazu bei, dass Betroffene es vermeiden, sich öffentlich als jüdisch zu zeigen.

„Leider führt Antisemitismus mittlerweile mehr denn je dazu, dass Menschen sich zurückziehen und Orte meiden, an denen sie sich zuvor selbstverständlich bewegt haben. Genau das dürfen wir nicht hinnehmen. Als jüdischer Sportverein wollen wir Räume nicht aufgeben, sondern sie gemeinsam zurückgewinnen. Nach antisemitischen Vorfällen auf einem Frankfurter Bolzplatz haben wir deshalb nicht nur reagiert, sondern gemeinsam mit Partnern ein dauerhaftes Angebot für Kinder und Jugendliche geschaffen. Dabei geht es um Schutz und klare Grenzen, aber auch darum, Begegnung und Veränderung zu ermöglichen. Für mich bedeutet Widerstand gegen Antisemitismus deshalb auch, selbst ins Handeln zu kommen: sich nicht verdrängen zu lassen, als Jüdin selbstbewusst und sichtbar zu sein und aus schwierigen Erfahrungen neue Räume des Miteinanders zu entwickeln.“

Ludmilla Movshyn, Vorstandsmitglied TuS Makkabi Frankfurt e.V.

Für den Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis 31. Dezember 2025 wurden 632 Vorfälle dokumentiert, in der es individuell Betroffene gab. Mehr als die Hälfte der Vorfälle (345) wurden Face-to-Face gegenüber den Betroffenen geäußert. 177 Vorfälle (rund 28 Prozent) fanden online statt. Bei dieser Art der Vorfälle fallen vor allem die Bedrohungen auf. 74 der Vorfälle waren direkte Bedrohungen, bei denen die antisemitische Aussage mit der konkreten Androhung von Gewalt verbunden war. Insbesondere nach dem 7. Oktober und dem systematischen Einsatz von sexualisierter Gewalt durch die Terroristen, zeigte sich in den Meldungen eine Steigerung der Androhung dieser Gewaltform.¹¹

70 Personen erlitten körperliche Angriffe. Hinzu kommt für den Untersuchungszeitraum ein Vorfall von extremer Gewalt gegen eine Einzelperson. Als extreme Gewalt werden Vorfälle dokumentiert, die schwere Körperversetzungen oder Tötungsversuche darstellen und den Tod von Menschenleben zumindest billigend in Kauf nehmen oder sogar beabsichtigen.

Weniger häufig waren Vorfälle mit individuellen Betroffenen, bei denen es zu gezielten Sachbeschädigungen kam (19). Als gezielte Sachbeschädigungen werden Vorfälle aufgenommen, bei denen jüdisches oder israelisches

¹¹ Bianca Loy „Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023“ in RIAS Working Paper 02/24 abrufbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18_RIAS_Working-Paper-3.pdf [letzter Zugriff 13.08.2026].

Eigentum gezielt antisemitisch geschädigt oder zerstört wird. Massenzuschriften, die sich gegen eine Person oder Einrichtung richteten, wurden neunmal dokumentiert.

Der größte Teil der Vorfälle, bei denen eine Person adressiert wurde, ist der Vorfallsart verletzendes Verhalten zugerechnet worden. Dabei handelt es sich beispielsweise um antisemitische Aussagen gegenüber einer Person, wobei keine konkrete Androhung von Gewalt stattfand. Auch antisemitische Schmierereien, die den Namen einer Person beinhalteten, aber nicht an jüdisches oder israelisches Eigentum geschmiert wurden, dokumentierte RIAS Hessen als verletzendes Verhalten.

Bei Vorfällen, in denen Institutionen oder deren Mitarbeiter in ihrer Funktion direkt adressiert wurden, zeigen sich große Unterschiede in der Häufigkeit der Vorfallsart und auch, über welchen Weg die antisemitische Ansprache erfolgte. Waren bei betroffenen Individuen insbesondere Vorfälle von Angesicht zu Angesicht häufig, sind von RIAS Hessen für Institutionen nur 22 derartige Vorfälle verzeichnet, aber 151 Vorfälle, die sich online ereigneten. Bezogen auf die insgesamt 369 Vorfälle, bei denen Institutionen direkt adressiert waren, ereigneten sich fast 41 Prozent davon online. Unter den Vorfällen, die Institutionen betrafen, waren 89 gezielte Sachbeschädigungen und 60 Massenzuschriften. Insbesondere Gedenkkorte oder auch jüdische Friedhöfe werden immer wieder mit antisemitischen Parolen beschmiert. Hinzu kommen zwei von RIAS Hessen dokumentierte Angriffe und 28 Bedrohungen, die sich direkt gegen Institutionen bzw. dort Mitarbeitende richteten. Mit 190 Vorfällen stellt auch hier das verletzende Verhalten den größten Anteil dar, wenn es um Institutionen als Betroffene geht. Doch auch wenn es „nur“ 28 Bedrohungen waren – jede erschüttert das Sicherheitsgefühl erneut.

All das ist alltagsverändernd. Es stellen sich Fragen, ob solche Vorfälle RIAS Hessen gemeldet und auch bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.¹²

Wie funktionieren Meldeketten, wie sind Individuen und wie Mitarbeitende zu schützen?

Um all dies zu sichern, ist RIAS Hessen froh und dankbar, dass Institutionen wie OFEK e.V., die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, das Netzwerk jüdischer Hochschullehrender, der Verband jüdischer Studierender

¹² Hinweis: RIAS Hessen bietet Betroffenen den „kleinen Zeugenschutz“, sodass bei Anzeigenstellung die Postadresse von RIAS Hessen als ladefähige Adresse angegeben werden kann. Niemand muss seine oder ihre Privatadresse hinterlegen.

Hessen, die Jüdischen Gemeinden sowie Bildungseinrichtungen und die Jüdische Akademie in Frankfurt eng mit RIAS Hessen vernetzt sind.

Gemeinsam begleiten wir Betroffene, empowern, fördern Resilienzen, stärken uns gegenseitig und professionalisieren antisemitismuskritische Aktivitäten.

Betroffene sind keine Opfer, sondern handelnde Menschen, die Auswege suchen und finden.

Der 7. Oktober 2023 und die seitherige Eskalation antisemitischer Gewalt und Diskriminierung haben die Arbeit OFEK insofern grundlegend verändert, als der Beratungsbedarf und die Belastung für die Community sich in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß anstiegen. Sowohl in der Beratungsarbeit als auch in der Interessenvertretung zielt der Arbeitsansatz von OFEK darauf ab, antisemitische Dynamiken frühzeitig zu erkennen und zu unterbrechen und Betroffene professionell zu unterstützen. Das umfasst, die Wahrnehmungen der Betroffenen ernst zu nehmen, Partei für sie zu ergreifen und gemeinsam mit ihnen Handlungsziele und -optionen zu prüfen. Im Einzelnen kann das rechtliche Schritte bedeuten, aber auch psychosoziale Beratung oder psychologische Unterstützung. Auch die Stärkung der Community spielt eine zentrale Rolle – gerade angesichts der schwindenden öffentlichen Räume für Jüdinnen:Juden seit dem 7. Oktober. Dabei versteht OFEK Empowerment als politische Praxis, die Antisemitismus historisch und gesellschaftlich einordnet und Räume schafft, in denen jüdische Erfahrungen bearbeitet, kontextualisiert und kollektiv reflektiert werden können.

OFEK Hessen

„Der 7. Oktober 2023 markiert für die jüdische Gemeinschaft eine tiefgreifende Zäsur. Antisemitismus ist seither keine abstrakte Gefahr, sondern eine reale Bedrohung. Unsicherheit, Existenzängste, soziale Isolation und psychische Belastung prägen den Alltag – auch in jüdischen Einrichtungen und bei ihren Mitarbeitenden. Für die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) bedeutet das, jüdische Wohlfahrtspflege auch unter anhaltender Bedrohungslage zu ermöglichen. Die dafür notwendigen Sicherheitsmaßnahmen sind zur Voraussetzung sozialer Arbeit geworden und erfordern erhebliche personelle wie finanzielle Ressourcen. Die ZWST und ihre Mitgliedsgemeinden bilden eine tragende soziale Infrastruktur und erfüllen insbesondere für mehrfach stigmatisierte und vulnerable Zielgruppen eine unerlässliche, teilweise auch ergänzende oder

kompensatorische Funktion. Sie schaffen geschützte Räume, die Stabilität, Resilienz und Empowerment fördern. Als Inkubator jüdischen Lebens in Deutschland stärkt insbesondere die Jugendarbeit der ZWST jüdische Identität und Selbstwirksamkeit. Diese Angebote sind unverzichtbar, um die jüdische Gemeinschaft nachhaltig zu stärken.“

Aron Schuster, Direktor der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

„Antisemitismus beeinflusst jüdisches Leben und auch den jüdischen Sport tagtäglich. Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir eine Verschärfung, wie wir sie in Deutschland seit Jahrzehnten nicht kannten. Wenn Makkabäer – egal ob jüdisch, christlich, muslimisch u. a. - überlegen, ob sie ihr Makkabi-Trikot auf dem Weg zum Training unter der Jacke verstecken sollen, dann zeigt das, was Antisemitismus mit unserem Alltag und unserem Sicherheitsgefühl macht. Und das, obwohl wir sogar mehr muslimische als jüdische Mitglieder haben. Unsere Antwort darauf darf aber nicht Rückzug oder weniger Sichtbarkeit sein. Wir wollen jüdisches Leben selbstbewusst, offen und selbstverständlich gestalten. Deshalb gehen wir mit Makkabi und Zusammen1 auf die Sportplätze, in Vereine und Verbände und dorthin, wo es unbequem wird. Denn die integrative Kraft des Sports ist kein Automatismus – wir müssen sie aktiv nutzen. Der Kampf gegen Antisemitismus ist keine Aufgabe der jüdischen Gemeinschaft allein, sondern gemeinsame Verantwortung unserer demokratischen Gesellschaft.“

Alon Meyer, Präsident TuS Makkabi Frankfurt e.V. und MAKKABI Deutschland e.V.

Antisemitismus betrifft die jüdische Gemeinschaft, aber er hat das demokratische Miteinander im Visier. Antisemitismus richtet sich gegen demokratische Werte und Grundrechte sowie gesellschaftliche Teilhabe.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle gesellschaftlichen Akteure, einschließlich staatlicher Institutionen, Schulen, Universitäten, Arbeitgeber, Medien und die Zivilgesellschaft, Verantwortung übernehmen und die Erfahrungen und Perspektiven der Betroffenen ernst nehmen sowie wirksame Maßnahmen gegen Antisemitismus ergreifen.

Antisemitismus melden!



info@rias-hessen.de

www.rias-hessen.de

Impressum

Herausgeberin

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen)
c/o Demokratiezentrum Hessen
Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Str. 6
35032 Marburg
info@rias-hessen.de
www.rias-hessen.de
https://www.instagram.com/rias_hessen/

V.i.S.d.P.

Dr. Susanne Urban (RIAS Hessen)

Konzept & Redaktion

Susanne Urban

Gestaltung

RIAS Hessen

Hinweis: Die einzelnen Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) oder des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Alle Rechte vorbehalten

© 2026 RIAS Hessen

RIAS Hessen wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert.

RIAS Hessen wird im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ – administriert durch das im Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz ansässige Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) – gefördert.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE
UND GEGEN EXTREMISMUS